

Niederschrift

über die öffentliche Sitzung des Stadtrates vom 25.02.2010 um 17.00 Uhr im Sitzungssaal des Rathauses

Anwesend: Oberbürgermeister Müller

UsW-Stadtratsfraktion:

Stadtrat Ferenczy
Stadtrat Lorenz
Stadtrat May (ab 17.05 Uhr)
Stadtrat E. Müller
Stadtrat M. Müller (ab 17.15 Uhr)
Stadträtin Richter
Stadtrat Schmidt_

CSU-Stadtratsfraktion:

Stadtrat Rank
Stadträtin Schwab
Stadtrat Stiller
Stadträtin Stocker
Stadtrat Weiglein_

SPD-Stadtratsfraktion:

Stadträtin Dr. Endres-Paul
Stadtrat Heisel
Stadträtin Glos
Stadträtin Kahnt
Stadtrat Sycha

FW-Stadtratsfraktion:

Stadtrat Haag
Stadträtin Wachter
Stadträtin Wallrapp

KIK-Stadtratsfraktion:

2. Bürgermeister Christof
Stadtrat Steinruck
Stadtrat Popp

ödp-Stadtratsgruppe:

Stadtrat Pauluhn
Stadträtin Schmidt

ProKT-Stadtratsgruppe:

Stadtrat Böhm
Stadtrat Schardt (ab 17.10 Uhr)

Berufsmäßige Stadträte: --

Berichterstatter: Bauamtsleiter Janner
Dipl. – Ing. Richter
Herr Stapel, HSE
Herr Büttner, HSE

Protokollführer: Verwaltungsfachwirt Müller

Entschuldigt fehlten: Stadtrat Günther
Stadtrat Moser
Bürgermeisterin Regan

Ortssprecherin Schlötter
Ortssprecher Pfreizinger

Feststellung gemäß § 27 der Geschäftsordnung

Sämtliche Mitglieder des Stadtrates waren ordnungsgemäß geladen. Von den 31 Mitgliedern sind zu Beginn der Sitzung mehr als die Hälfte anwesend. Der Stadtrat ist somit beschlussfähig. Es gibt keine Einwände gegen die Tagesordnung.

Einzigster Punkt der Tagesordnung

Klärwerk Kitzingen

hier: Klärschlamm Entsorgung durch Kompostierung oder Verbrennung

Eingangs begrüßt Oberbürgermeister Müller die Herrschaften der Hamburger Stadtentwässerung (HSE), die einen Vortrag über die Möglichkeiten der Klärschlamm Entsorgung geben werden, sowie die anwesenden Bürgermeister der umliegenden Gemeinden.

Nach den einleitenden Worten von Dipl. – Ing. Richter zur Vorgeschichte (Antrag der KIK) gehen Herr Stapel und Herr Büttner, Hamburger Stadtentwässerung (HSE) ausführlich anhand einer Präsentation auf die Handlungsoptionen für eine wirtschaftliche, rechtssichere und zukunftsfähige Klärschlamm Entsorgung in Kitzingen ein.

Dabei beleuchten sie folgenden Punkte:

- Vorstellung Hamburg Wasser – Hamburger Stadtentwässerung HSE
- Klärschlamm – Situation in Deutschland
- Klärschlamm – Situation in Bayern
- Klärschlamm – Vision für Kitzingen

Dabei gehen sie auf die verschiedenen Entsorgungsmöglichkeiten ein (Deponie, stoffliche Verwertung, thermische Verwertung), die sich in den vergangenen 20 Jahren von der Deponie in die thermische Verwertung entwickelt hat. Ab 1. Januar 2017 gelten für den Klärschlamm die Schadstoffanforderungen des Düngemittelrechts. Aus diesem Grund sei es notwendig, nach Alternativen zu suchen. Langfristig sollte die thermische Verwertung (Verbrennung, Vergasung) das Ziel sein.

Da Klärschlamm zu 95 % aus Wasser bestehe, müsse dieser für eine Verbrennung getrocknet werden.

Sie stellen dar, dass durch die Abwärme einer Biogasanlage der Klärschlamm getrocknet werden könnte und durch die anschließende Verbrennung bzw. Vergasung in einem BKHW Strom erzeugt werden könnte, der die Voraussetzungen des Energieeinsparungsgesetz (EEG) erfülle. Für einen wirtschaftlichen Betrieb sei jedoch ein Energieverbund aus verschiedenen Gemeinden des Landkreises nötig.

Für den Betrieb der Biogasanlage, die den Klärschlamm trocknen soll, könnten kommunale Bioabfälle (Biotonne, Grünschnitt) gewerbliche bzw. landwirtschaftliche Reststoffe sowie nachwachsenden Rohstoffe verwendet werden.

Sie stellen dar, dass ein Handlungskonzept aufgestellt werden sollte, wobei die HSE die Stadt unterstützen würde. Anschließend würden die entsprechenden Partner benötigt, damit die Anlage entsprechend umgesetzt werden könne. Dies stets unter der Voraussetzung einer Wirtschaftlichkeit und einer entsprechenden Beschlussfassung im politischen Gremium.

Die Präsentation liegt der Niederschrift als wesentliche Anlage bei.

Stadtrat Böhm als Umweltreferent bedankt sich für den Vortrag. Seiner Auffassung nach habe die Stadt für diese Zukunftsaufgabe die entsprechenden Voraussetzungen. Seiner Auffassung nach sollte man die weiteren Aufgabenstellungen (Partner suchen, Konzept aufstellen) angehen, damit man zu einer thermischen Versorgung des Klärschlammes komme.

Stadtrat Haag ist der Auffassung, dass nicht jeder Klärschlamm miteinander verglichen werden könne und zielt auf den Düngewert ab, da es sehr viele landwirtschaftliche Flächen in Kitzingen gebe.

Herr Büttner gibt soweit Recht und gibt jedoch zu Bedenken, dass aufgrund der Menge und der Vermischung zu einer höheren Schadstoffbelastung kommen könne.

Stadträtin Schwab gibt die Gerüche zu Bedenken, die in der Biogasanlage bei der Verwertung von Biomüll erzeugt werden.

Herr Büttner bestätigt die Gerüche, verweist jedoch auf technische Möglichkeiten, damit die entsprechenden Grenzwerte eingehalten werden.

Stadträtin Wallrapp möchte wissen, welche Menge für einen rentablen Betrieb notwendig werden würde, nicht dass die benötigten Rohstoffe aus großer Entfernung nach Kitzingen gefahren werden müssen.

Herr Büttner erklärt, dass es sich um ein dezentrales Konzept handeln sollte und die Rohstoffe maximal aus dem Landkreis (20 bis 30 km) antransportiert werden sollen.

Herr Wolf, 1. Bürgermeister Mainbernheim erkundigt sich nach der Möglichkeit, den Klärschlamm mit der Hilfe von Solarenergie zu trocknen.

Herr Büttner verweist auf die enormen Flächen, die dafür benötigt werden, den Brennwertverlust in Höhe von 10 % sowie und die Nachteile beim Abluftsystem, da eine große Menge an Luft abtransportiert werden muss. Im Übrigen sei diese Luft stark geruchsbelastet.

Herr Wolf möchte wissen, ob es keine weiteren Alternativen gebe.

Herr Büttner erklärt, dass gegenwärtig der Klärschlamm in eine andere Stadt gefahren werde und dieser fast nur aus Wasser bestehe. Im Grunde bestehe die Möglichkeit einer Trocknung und einem Abtransport des Klärschlammes, um ihn anderswo verbrennen zu lassen.

Jedoch seien seiner Auffassung nach durch den vorgestellten Weg, die gesetzlichen Vorgaben, die Effizienz sowie eine Wirtschaftlichkeit in hohem Maße zu erreichen.

Stadtrat Schmidt stellt fest, dass es sich bei der Kläranlage um eine kostenrechnende Einrichtung handelt und man in Folge investiver Maßnahmen die Gebühren erhöhen müsse.

Herr Stapel erklärt, dass dies nicht das Ziel sei. Ziel sei es, die Komponenten dergestalt zusammenzustellen, dass es zu keiner Gebührenerhöhung kommen muss.

Oberbürgermeister Müller erkundigt sich nach der Förderung nach dem Energieeinspargesetz und möchte wissen, was mit der Asche passiere.

Herr Büttner erklärt, dass die Förderung für 20 Jahre gesichert sei und die Degression 1 % betrage. Als Abfallprodukt entstehe eher ein Granulat, welches in einem neuartigen Verfahren im Straßenbau verwendet werden könne.

Stadträtin Schwab möchte wissen, zu welchem Zeitpunkt das Phosphat aus der Klärmasse gefiltert werde könne.

Herr Büttner antwortet, dass dies nicht vorgesehen sei, da dies gegenwärtig noch zu teuer sei.

Stadträtin Schwab weist darauf hin, dass sich der Landkreis bereits am Verbund „Müllverbrennung Würzburg“ beteilige und ihrer Auffassung nach, sich die Stadt auch daran betei-

ligen könne, da hiermit die wertvollen Flächen am Main für eine derartige Anlage nicht benötigt werden müssten.

Herr Büttner erklärt, dass gleichwohl die Problematik hinsichtlich der Trocknung des Klärschlammes gelöst werden müsse. Im Übrigen würden für die Erweiterung der Anlage die bisher eingeplanten Flächen ausreichen.

Stadträtin Dr. Endres-Paul fragt nach, wie viel Energie erfahrungsgemäß mit einer solchen Anlage produziert werde und in welchem Anteil der Eigenbedarf gedeckt werden könne. Herr Büttner stellt dar, dass es lediglich einen geringen Anteil darstelle und eine weitere Komponente im Energiemix sein würde.

Stadtrat Rank gibt zu Bedenken, dass für die Trocknung des Klärschlammes sehr viel Energie aufgewandt werde, nur um einen geringen Anteil an Energie zu erzeugen.

Herr Büttner erklärt, dass die Energie verschiedene Wertigkeiten habe und die Abluft als Nebenprodukt der Biogasanlage für die Trocknung verwendet werde.

Stadtrat Popp möchte die Genehmigungsfähigkeit mit Blick auf den Überschwemmungsbe-
reich erläutert wissen sowie erbittet er eine Angabe hinsichtlich der Höhe des Gebäudes.

Bauamtsleiter Janner erklärt, dass die Anlage im Grunde genehmigungsfähig sei, da der eingeschränkte Retentionsraum an anderer Stelle wieder neu geschaffen werden müsse.

Herr Stapel erklärt, dass die Anlage ca. 20 m hoch sein werde und sich optisch in die Landschaft einfügen müsse.

2. Bürgermeister Christof bedankt sich für den Vortrag und ist der Auffassung, dass mit Blick auf die gesetzliche Änderung das Vorhaben weiter verfolgt werden sollte. Als nächstes müsse man auf die umliegenden Gemeinden zugehen, damit man zu einem kommunalen Quer-
verbund komme. Darüber hinaus schlägt er vor, eine vergleichbare Anlage zu besichtigen und bittet, dass die HSE die Stadt bei der Umsetzung weiterhin begleitet.

Herr Stapel erklärt, dass die HSE die Stadt weiterhin unterstützt werde und hinsichtlich der Umsetzung stets zur Verfügung stehe.

Oberbürgermeister Müller bedankt sich abschließend bei Herrn Stapel und Herrn Büttner und erklärt, dass die Verwaltung hinsichtlich des weiteren Vorgehens auf den Stadtrat zukommen werde.

Oberbürgermeister Müller schließt die öffentliche Sitzung um 18.45 Uhr.

Oberbürgermeister

Protokollführer